

Gericht bestätigt Wahlergebnis in Georgien

Eine Beschwerde wegen Wahlbetrugs bleibt erfolglos. Nato-Generalsekretär Rutte besorgt die Lage in Georgien.

TIFLIS. Das Verfassungsgericht in Georgien hat einen Antrag auf Annullierung des Ergebnisses der Parlamentswahl Ende Oktober zurückgewiesen. Das Gericht erklärte am Dienstag, es habe die Klagen nicht angenommen, die Entscheidung sei endgültig. Die Moskau-freundliche Regierungspartei Georgischer Traum hatte laut offiziellem Ergebnis eine deutliche Mehrheit bei der Wahlerrungen, die Opposition spricht von Wahlbetrug und boykottiert das neue Parlament.

Die pro-europäische Präsidentin Salome Surabischwili hatte im vergangenen Monat über ihre Anwältin verkünden lassen, dass sie beim Verfassungsgericht Beschwerde eingelegt habe, um das Ergebnis der Parlamentswahl zu annullieren. Grund dafür seien die „weit verbreiteten Verstöße gegen das Wahlrecht und das Wahlgeheimnis“.

Zuletzt gab es allabendlich pro-europäische Proteste in dem Kaukasusland. Sie begannen am Donnerstag und richteten sich insbesondere gegen den von Regierungschef Irakli Kobachidse angekündigten Aufschub der EU-Beitrittsverhandlungen des Landes bis 2028. Mehr als 220 Demonstranten wurden laut dem georgischen Innenministerium festgenommen. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums wurden am Montag 26 Menschen bei erneuten Protesten verletzt.

Der georgische Ministerpräsident Irakli Kobachidse hat Oppositionsgruppen vorgeworfen, bei den Protesten bewusst Gewalt einzusetzen. Oppositionspolitiker hätten „die Gewalt in den vergangenen Tagen inszeniert“, sagte er am Dienstag.

Nato-Generalsekretär Mark Rutte bezeichnete die Situation in Georgien am Dienstag als „zutiefst besorgniserregend“. Er fügte hinzu, die Nato-Verbündeten forderten die georgische Regierung auf, auf dem Weg hin zu einer stärkeren EU- und Nato-Integration zu bleiben. **AFP**

Das Zitat des Tages

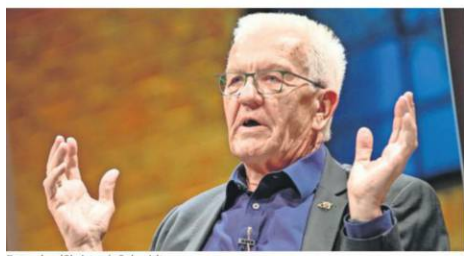


Foto: dpa/Christoph Schmidt

„Ich bin nur der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, nicht der König von Württemberg.“

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident, zur Frage, was er von der möglichen Aufblähung des Parlaments nach der Wahlrechtsreform hält.

Kurz berichtet

Auf den Kanaren steigt die Zahl der Migranten auf Rekordhöhe

MADRID. Die Zahl der Migranten, die in diesem Jahr über die Kanaren illegal nach Spanien eingereist sind, hat offiziellen Angaben zufolge einen neuen Rekord erreicht. Wie das spanische Innenministerium am Dienstag mitteilte, kamen bis Ende November 41 425 Menschen auf der Inselgruppe an. Das sind mehr als im gesamten Jahr 2023. Allein im November lag die Zahl der Ankünfte demnach bei mehr als 7300. Nach Angaben des Ministeriums kamen seit Beginn des Jahres 610 Boote mit Geflüchteten auf den sieben Kanarischen Inseln an. **AFP**

Europarat will Wölfe künftig leichter bejagen lassen

BRÜSSEL. Der Europarat ebnet den Weg für ein schärferes Vorgehen gegen Wölfe. Der zuständige Ausschuss stimmte einem Antrag der EU-Staaten zu, den Schutzstatus von „streng geschützt“ auf „geschützt“ abzusenken. Dies beinhaltet zwar immer noch strenge Regeln, eine Jagd auf problematische Wölfe wäre aber unter bestimmten Umständen einfacher möglich. Bevor dies in Deutschland gelten kann, muss aber das EU-Recht geändert werden. Die Zahl der Wölfe in Europa hat sich innerhalb von zehn Jahren fast verdoppelt. **AFP**

Die Staatsgalerie Stuttgart? Zählt zu den Top Ten in Deutschland. Das Stuttgarter Ballett? Ist weltberühmt. Das Festspielhaus Baden-Baden? Lockt internationale Gäste. Das Zentrum für Kunst und Medien in Karlsruhe? Ist europaweit die erste Adresse digitaler Realitäten. Stimmt alles. Und doch stellt sich die Frage neu, wie verankert selbst diese Kultur-Leuchttürme in der Bevölkerung wirklich sind.

Gerade zwölf bis 13 Prozent der von A-lensbach für den aktuellen Baden-Württemberg-Check befragten Menschen im Land geben an, in den vergangenen zwölf Monaten eine Opern- oder eine Ballettaufführung gesehen zu haben, Museumsbesuche gehören immerhin für mehr als 40 Prozent in den Jahreskalender.

Was bedeuten diese Zahlen? Stehen sie im Widerspruch dazu, dass die Publikumszahlen nicht nur in den Aufführungen der Staatstheater Stuttgart Rekordhöhen erreichen? Oder sind sie realistisch, weil Kulturinteressierte sich gerne unter ihresgleichen bewegen und dazu neigen, die Bedeutung von Kulturangeboten zu überschätzen?

Die bittere Pille aber kommt erst: Auf einer Streichliste würden 63 Prozent der Menschen die Kultur und nicht andere Themen ankreuzen. Und die Idee, das Kulturan-gebot bestimme die Lebensqualität eines Or-

Leitartikel

Kulturförderung ist ein gefährdetes Gut

Enorm sei das Kulturinteresse im Land, heißt es. Die Zahlen geben das nicht genauso her. Was folgt daraus?

VON NIKOLAI B. FORSTBAUER



tes oder einer Stadt mit, teilen kaum 30 Prozent der Befragten. Natürlich hinken all diese Zahlen, weil viel mehr öffentliche Gelder in Bereiche wie Sicherheit und Verkehrsinfrastruktur fließen – Kultureinrichtungen können also kaum ähnlich präsent sein.

Entsprechend erkannte schon Günther Oettinger in seiner Zeit als Ministerpräsident: Wer bei einem Landeshaushalts-Anteil von seinerzeit 1,2 Prozent an der Ausgabenschraube für Kulturförderung drehe, zerstöre mit jeder Ziffer weniger hinter dem Komma ungleich mehr als in ande-

ren Bereichen. Statt zu kürzen, setzte Oettinger auf eine umfassende Bestandsaufnahme der erbrachten Leistungen gerade auch in den ländlichen Gebieten Baden-Württembergs. Das war die Grundlage für eine Sicherung des Kulturangebotes in der Fläche.

Erfolgreich forderte die Koalition aus Grünen und CDU im Land von 2016 an von den Kultureinrichtungen viel Bewegung: Gefragt waren mehr Digitalisierung, institutionsübergreifende Projekte und breitere Vermittlungsangebote. Noch als Staatssekretärin wagte Petra Olschowski (Grüne),

50 Prozent im Land sehen Kulturförderung als eine staatliche Aufgabe.

600 Namen stehen auf Trumps Liste der Rache

Der designierte US-Präsident hat eine „Feindesliste“ zusammenstellen lassen. Was er mit denjenigen vor hat, die auf ihr stehen, ist unklar. Mancher Betroffene plant bereits, seine Heimat zu verlassen.

VON TILO KÖBLER

WASHINGTON. Alexander Vindman hat allen Grund zur Sorge. Er steht ganz oben auf der sogenannten „Feindesliste“, die Donald Trump zusammenstellen ließ, um sich an seinen politischen Gegnern zu rächen. Vindman war jener Offizier, der 2019 beim Telefonat von Trump mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Oval Office dabei war und zuhörte, als der US-Präsident seinen Amtskollegen bedrängte, Ermittlungen gegen Hunter Biden aufzunehmen. Andernfalls, so ließ Trump durchblicken, werde er bereits genehmigte Militärhilfen für die Ukraine nicht freigeben. Vindman ging damals mit seinem Wissen an die Öffentlichkeit. Und löste so das erste Amtsenthebungsverfahren gegen Trump aus.

Betroffene planen auszuwandern

Vindmans Familie ist in größter Sorge. Zwar weiß niemand, was Trump wirklich vorhat und was er konkret unter Rache versteht. Doch die Drohungen wurden in der Schlussphase des Wahlkampfes immer lauter und wüster. Vindman erklärte, er habe nicht eine mustergültige Militärkarriere hinter sich gebracht, um dann sein Land zu verlassen. Er werde bleiben.

Nicht alle sind so mutig. Seit die Existenz von Trumps „Feindesliste“ bekannt wurde, machen sich ehemalige Mitarbeiter, die in Ungnade fielen, auf das Schlimmste gefasst. Folgerichtig stießen die Washington Post und der britische Guardian bei ihren Recherchen auf größte Vorsicht. Niemand wollte sich namentlich zitieren lassen.

Etwa ein pensionierter Offizier der US-Armee, der bekannte, er habe noch am Wahlabend den Koffer gepackt. Weil seine Vorfahren aus Italien eingewandert waren, bemüht er sich jetzt um die italienische Staatsbür-



Die Strafverfahren gegen ihn hat Donald Trump nicht vergessen. Foto: dpa/Steven Hirsch

gerschaft. Oder ein ehemaliges Mitglied der Trump-Regierung, das sich ebenfalls mit dem Gedanken trägt, auszuwandern. Auch er würde am liebsten in ein Land der EU gehen.

Trumps „Feindesliste“ wird zu einer Liste der Angst. 600 Namen soll sie umfassen. Eine Art „Who's who“ der Trump-Gegner. Joe Biden soll ganz oben stehen, gefolgt von Jack Smith, der mit dem Verfahren zum Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 und der Aneignung von Geheimdokumenten zwei Strafverfahren gegen Trump angestrengt hatte. Auch der ehemalige Generalstabschef Mark Milley soll nicht ungeschoren davonkom-

men. Er fiel bei Trump in Ungnade, weil er am 6. Januar 2021 seinen chinesischen Amtskollegen anrief, um ihn zu beruhigen, dass der Putschversuch im Kapitol scheitern werde.

Die Drohungen sind ernst zu nehmen

Wie ernst seine Drohungen zu nehmen sind, lässt sich auch an Trumps jüngster Nominierung ablesen: Als neuen FBI-Direktor hat der designierte Präsident Kash Patel vorgese- hen, einen Trump-loyalen Scharfmacher, der in einem Buch seiner künftigen Behörde als Vertreterin des angeblichen „Tiefen Staates“ den Kampf ansagte. Außerdem will er „das gesamte Pressekorps der Fake-News-Mafia“ ins Visier nehmen.

Dan Goldman, Kongressabgeordneter aus New York, macht sich „hauptsächlich Sorgen um die Mitglieder der Bundesbürokratie, einschließlich der Geheimdienst- und nationalen Sicherheitsbeamten“. Die Sorge ist auch deshalb so groß, weil Trump auf seine zweite Präsidentschaft viel besser vorbereitet ist. Der Bürgerrechtsanwalt Mark Zaid sagte, er sei überzeugt, „dass es „nicht lange dauern wird, bis wir eine Vorstellung davon haben, was geplant ist“.

Für all jene, die noch im Berufsleben stehen, könnte die absehbare Kampagne nach Einschätzung von Experten die Kündigung oder vorzeitige Versetzung in den Ruhestand bedeuten. Goldman befürchtet gegenüber dem Guardian, dass die Liste der Möglichkeiten, wie Trump Vergeltung üben könnte, fast endlos sei. „Trump hat überall an der Spitze der Behörden Loyalisten sitzen.“

Rachel Vindman, die Frau des Whistleblowers, gestand dem Radiosender NPR, beim Gedanken an eine Rückkehr Trumps fast durchzudrehen. Sie wolle nicht im eigenen Land in Angst leben. „Ich möchte gehen können, wenn ich das Gefühl habe, meine Tochter und mich schützen zu müssen.“

seit 2022 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, viel – und darf sich nun freuen: 67 Prozent der unter 30-Jährigen und 77 Prozent der besonders an Kultur Interessierten finden, dass Kulturförderung Aufgabe des Staates sein sollte. Ein wichtiges Pfund, sollten neue politische Kräfteverhältnisse im Landtag von Baden-Württemberg die öffentliche Kulturförderung in Frage stellen.

Die Formel ist klar: Weniger Förderung ist nicht mehr Kultur. Jeder Euro Förderung hält ein feines Räderwerk in Gang, das in der Breite schon jetzt von prekären Arbeitsverhältnissen und einem überproportionalen unverzichtbaren ehrenamtlichen Engagements geprägt ist. Umgekehrt aber gilt: Die Kultureinrichtungen und -initiativen bleiben aufgefördert, ihre Türen weit und gezielt zu öffnen. Eigene Vermittlungsprogramme für immer mehr Bevölkerungsgruppen verdoppeln die Publikumszahlen nicht, sichern aber über Akzeptanz die Existenz.

Mehr denn je macht die Umfrage zur Rolle der Kulturförderung im Land zuletzt deutlich: Kultur ist keineswegs ein selbstverständliches Gut. Jammern aber hilft nicht, nur die nächste Spitzenleistung. Ob in Kirchenchören, Museen, Bibliotheken und Archiven – und gerade in der Oper und im Ballett.

Nato bereitet sich auf die Zeit mit Trump vor

Das Bündnis diskutiert einen möglichen Kurswechsel in der amerikanischen Ukraine-Politik.

BRÜSSEL. In der Nato werden wenige Wochen vor dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump Vorbereitungen für einen möglichen Kurswechsel in der amerikanischen Ukraine-Politik getroffen. Es gehe darum sicherzustellen, dass die Ukraine mögliche Friedensgespräche mit Russland aus einer Position der Stärke führen könne, erklärte Generalsekretär Mark Rutte bei einem zweitägigen Nato-Außenministertreffen in Brüssel. Dazu brauche es vor allem mehr Militärhilfe. Außenministerin Annalena Baerbock bestätigte, dass auch die Frage im Raum steht, wie eine „internationale Präsenz zur Absicherung eines Waffenstillstandes“ in der Ukraine aussehen könnte und schloss eine Beteiligung der Bundeswehr nicht aus. Man werde natürlich alles, was dem Frieden in der Zukunft diene, von deutscher Seite mit allen Kräften unterstützen, sagte die Grünen-Politikerin. Wie Rutte unterstrich sie allerdings auch die Bedeutung weiterer Militärhilfe. Das Land müsse in der Position der Stärke sein, wenn es an den Verhandlungstisch gehe, sagte sie.

Hintergrund der Gespräche in der Nato sind Befürchtungen, dass Trump nach Amtsantritt versuchen könnte, die Ukraine und Russland zu Verhandlungen zu drängen. Dafür könnte er beispielsweise der Ukraine androhen, im Fall einer Verweigerungshaltung die Militärhilfe einzustellen. Russlands Präsidenten Wladimir Putin könnte er hingegen in so einem Fall ankündigen, die Militärhilfe für Kiew noch einmal auszubauen.

Rutte warnte davor, die Ukraine in einer Phase der Schwäche in Friedensverhandlungen mit Russland zu zwingen. „Was auf keinen Fall passieren darf, ist, dass Kim Jong-un, Xi Jinping und andere sich High Five geben.“ Rutte betonte: „Wenn wir irgendwann zu einem Ukraine-Deal kommen, muss es ein guter Deal sein.“ **dpa**

Waffenruhe im Libanon droht zu scheitern

Nach Beschuss durch die Hisbollah greift die israelische Armee nach eigenen Angaben dutzende Ziele im gesamten Libanon an.

JERUSALEM. Wenige Tage nach Beginn einer Waffenruhe zwischen Israel und der Hisbollah im Libanon hat die israelische Armee eigenen Angaben zufolge dutzende Ziele der pro-iranischen Miliz „im gesamten Libanon“ getroffen. Die Angriffe erfolgten israelischen Angaben zufolge als Reaktion auf Beschuss durch die Hisbollah. Das libanesisches Gesundheitsministerium meldete mindestens neun Todesopfer.

Die Hisbollah hatte nach eigenen Angaben am Montag eine israelische Stellung angegriffen. Der Angriff galt der israelischen Stellung auf den Scheba-Farmen, die von Israel als Har Dov bezeichnet werden. In dem etwa 30 Quadratkilometer kleinen Gebiet an der Grenze von Israel, Libanon und Syrien waren 2006 zwei israelische Soldaten ent-

führt worden, dies löste den zweiten Libanon-Krieg aus.

Die israelische Armee hatte zuvor erklärt, dass die Hisbollah zwei Geschosse auf das Gebiet abgefeuert habe. Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu beschuldigte die Hisbollah einer „schwerwiegenden Verletzung“ der Waffenruhe und kündigte eine Antwort „mit aller Kraft“ an.

Die von der Hisbollah abgefeuerten Geschosse gingen nach Angaben der israelischen Armee auf offenem Gelände nieder. Israel droht mit schweren Konsequenzen, sollte die Waffenruhe scheitern. „Wenn wir wieder in den Krieg ziehen, werden wir mit noch größerer Kraft vorgehen und noch tiefer eindringen“, sagte der israelische Verteidigungsminister Israel Katz. **AFP**

Die Tomicek-Karikatur



Problemnachwuchs